

Auer Tageblatt

Bestellungen nehmen die Ausleger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint werktäglich. — Jahresspreis 12 Mk. 25 Pf.

Anzeiger für das Erzgebirge

Abgabepreis: Die Abonnementspreise für Anzeigen sind nach dem Umfang der Anzeigen zu bemessen. — Jahresspreis 12 Mk. 25 Pf.

Telegramme: Erzgebirge Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 1000

Nr. 37

Freitag, den 13. Februar 1925

20. Jahrgang

Die Verhaftung Höfles

Verfahren gegen die Depositen- und Handelsbank A. G.

Der frühere Reichspostminister Dr. Höfle ist am Dienstagabend nach einer Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt verhaftet worden. Zur Last gelegt wird ihm nicht nur passive Bestechung, sondern auch Untreue. Im Zusammenhang damit steht das Verfahren gegen die Depositen- und Handelsbank A. G., in deren Räumen die Geschäftsbücher und anderes Material beschlagnahmt worden sind, soweit es nicht durch die flüchtigen früheren Direktoren der Bank Wolpe und Altkotla vernichtet worden ist.

Das belastende Material, das die Staatsanwaltschaft veranlaßt hat, Dr. Höfle zu verhaften, ist im einzelnen nicht bekannt. In der Hauptsache scheinen es zwei Fälle von Geschenknahmen zu sein, die dem früheren Reichspostminister vorgeworfen werden. In dem einen Fall soll es sich um 40 000 Mark handeln, die durch die Deutsche Depositen- und Handelsbank A. G. an den früheren Reichspostminister hergegeben worden sind. Diese 50 000 Mark sollen Dr. Höfle bewogen haben, ein härteres Vorgehen gegen die Bank, durch die die Sicherung gewährter Postkredite vielleicht noch erreicht worden wäre, zu unterlassen. In dem zweiten Fall handelt es sich um 125 000 Mark, die Dr. Höfle von der „America“ für seine persönlichen Zwecke erhalten haben soll.

Weiter wird Höfle vorgeworfen:

1. Er habe in seiner Eigenschaft als Minister der besetzten Gebiete ohne Wissen dieses Ministeriums 2 Millionen Goldmark vom Reichspostministerium Abteilung München für „Zwecke des besetzten Gebietes“ angefordert. Die Verteilung dieser Summe sollte durch den Zentrumspartei, Lange-Hegemann vorgenommen werden. Der Abg. Lange-Hegemann behauptet, seine Verbindung an die Reichspost eingegangen zu sein, wonach diese Gelder, die, wie er wusste, aus öffentlichen Mitteln stammten, für die besetzten Gebiete verwendet werden sollten, während Höfle dabei bleibt, daß er Lange-Hegemann auf dem Wege der Besetzung habe. Der Abg. Lange-Hegemann hat zum mindesten Teile dieser 2 Millionen zur Erlangung von Aktienmehrheiten in verschiedenen Industrieunternehmen verwendet.

2. Dr. Höfle erwarb im Februar 1924 gemeinsam mit seinem Fraktionsgenossen Dr. Bell ein Grundstück in einem Berliner Vorort. Dr. Bell trat gleich danach aus persönlichen Gründen seinen Anspruch auf dieses Grundstück an Dr. Höfle ab, der nunmehr genötigt war, es allein zu übernehmen. Ende 1924 ließ Dr. Höfle auf dieses Grundstück eine Hypothek von 100 000 Goldmark zu relativ günstigen Bedingungen eintragen. Diese Hypothek stammte aus einem Unternehmen, das dem bekannten Michael-Konzern angegliedert ist. Der Michael-Konzern erhielt nach der Stabilisierung der deutschen Mark vom Reichspostministerium sehr erhebliche Kredite. Es wird gegen Höfle der Vorwurf erhoben, daß er Beträge erhalten habe, die als Parteigelder verbucht worden sind. Die Zentrumspartei selbst hat bisher keine Kenntnis über die Art der Verwendung dieser Gelder. Diese angeblichen Vorwürfe fallen unter die Paragraphen 332 und 333 des Strafgesetzbuches. Bestrafung wird nach § 332 mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft.

Dr. Höfle ist, obwohl er mehreren Reichskabinetten als Reichspostminister und als Minister für die besetzten Gebiete angehört hat, öffentlich und politisch nicht stark hervorgetreten. Der in Offenbach 1882 geborene Mann stammt aus kleinen Verhältnissen. Nach seinem Referendarexamen trat er in die Münchener Handelskammer ein und wurde 1914 zum Direktor des Deutschen Techniker-Verbandes in Berlin gewählt, den er bis zum Umsturz leitete. 1919 wurde er durch den jetzigen sozialdemokratischen Abg. Aufhäuser ersetzt und trat selbst zum Deutschen Beamtenbund über. Aus dieser Stellung schied er nach dem Rapp-Putsch infolge von Differenzen über die Haltung des Bundes aus und trat an die Spitze der Gesamtorganisation der Christlichen Gewerkschaften. Der größte Teil seiner öffentlichen Tätigkeit ist der Vertretung von Beamten-Interessen gewidmet gewesen, auch späterhin, als er Mitglied des Reichstages wurde. Er ist zum erstenmal bei der Wahl 1920 in Westfalen gewählt worden, im Mai 1924 gleich dreimal, er hat im jetzigen Reichstage für das Zentrum den Wahlkreis Groß-Hüringen vertreten. Nebenbei ist er im Reichstage wenig hervorgetreten. In die Reichsregierung trat er zum ersten Mal im August 1923 ein, als das erste Kabinett Stresemann gebildet wurde. Er wurde an Stelle des Abg. Sieberts Reichspostminister und ist bis zum endgültigen Rücktritt des Rabinats Mars im Januar 1925 geblieben. Früher wurde schon bekannt, daß Dr. Höfle während der-

Schweres Grubenunglück in Dortmund.

45 Bergleute noch vermisst, 84 Tote und 8 Lebende geborgen.

Eine tiefsaurige Kunde verbreitete heute früh der telegraphische Dienst. Noch ist das furchterliche Eisenbahnunglück bei Herne in ergreifender Erinnerung, da bringt der Bericht eines Grubenunglücks von einer Ausbehnung, wie sie glücklicherweise in Deutschland seit vielen Jahren nicht zu verzeichnen war, wie folgt an unser Ohr:

Dortmund, 12. Februar. Am Südwestfuß der Reche Minister Stein, Schacht Nummer 7, ist gestern Abend 8 Uhr 10 Minuten eine Schlagwetter-Explosion erfolgt, die einen außerordentlich heftigen Charakter annahm. In einem Augenblick waren 100 Bergleute vermisst. Die Rettungsmannschaften haben bisher 39 tote und 8 lebende Bergleute geborgen.

Zur Stunde darf man hoffen, daß von den Vermissten noch eine Anzahl, vielleicht gar noch alle, die sich in der Grube befinden, gerettet werden. Die weitere eingehenden Meldungen werden uns entweder traurige oder freudige Gewissheit über das Schicksal ge-

ben. Erschüttert und voller Trauer sind unsere Gedanken bei den Hinterbliebenen und Angehörigen der Verunglückten.

Schlummer als erst angenommen ist das Unglück. Alle Hoffnung zunichte.

Gegen Mittag trifft folgende Meldung ein: Dortmund, 12. Februar. Die Gesamtzahl der durch die außerordentlich starke Schlagwetter-Explosion betroffenen Bergleute beträgt 137. Die bisher lebend geborgenen acht Bergleute befinden sich anscheinend außer Lebensgefahr. Bis Vormittag neun Uhr wurden 38 Tote geborgen, 93 Bergleute werden noch vermisst und sind durch zum Bruch gekommene Kohlenmassen abgeschnitten. Es ist nicht damit zu rechnen, daß auch nur ein Einziger der abgeschnittenen Bergleute noch am Leben und zu retten ist. Die Verunglückten sind in der Hauptsache durch Giftschwaden getötet worden. Die Rettungsversuche werden eifrig fortgesetzt.

Dortmund, 12. Februar. Bei den Bergungsarbeiten auf der Reche Minister Stein wurden bis 12 Uhr mittags 84 Tote geborgen.

fraktionsseit in materielle Schwierigkeiten geraten war, aus denen er sich nicht zu befreien vermochte. Er hatte in Lichterfelde, gemeinsam mit einem Parteifreund, ein Grundstück erworben, mußte aber schließlich den Bau des Hauses selbst durchführen, ohne daß er das erforderliche Kapital besessen hätte. Die finanziellen Kräfte des damaligen Reichspostministers sollen auch den Direktoren der Depositen- und Handelsbank bekannt gewesen und von ihnen ausgenutzt worden sein.

Wie verlautet, hat das Reichspostministerium auf die Villa des früheren Postministers Höfle in der Steinstraße in Lichterfelde eine Sicherungshypothek von mehreren hunderttausend Mark eintragen lassen, sodas Höfle über seine Villa, die den Hauptbestandteil seines Vermögens ausmacht, nicht mehr frei verfügen kann.

Auf Antrag des Finanzamtes wurde das Bankkonto des verhafteten Ministers a. D. Höfle gestern für rückständige Steuern beschlagnahmt. Hierbei stellte es sich heraus, daß Herr Höfle in den letzten Tagen sein gesamtes bedeutendes Bankguthaben abgehoben hat, mit Ausnahme weniger hundert Mark.

Gegen die noch in Deutschland befindlichen verantwortlichen ehemaligen Leiter der Depositen- und Handelsbank A. G. ist ein Verfahren eingeleitet worden, um über die Geschäfte der Bank, namentlich über den Goldverkauf für die Reichspost und Reichsbahn, Aufklärung zu schaffen. Die Direktoren Wolpe und Altkotla sind nach Vettland bzw. Holland geflüchtet. Wolpe hatte sich vor langer Hand einen lettischen Voss, Altkotla einen solchen nach Holland verschafft, und beide haben inzwischen die Staatsangehörigkeit beider Länder zu erwerben gesucht. Es wird versucht werden, auf diplomatischem Wege trotzdem ihre Auslieferung zu erzielen.

Wolpe in Paris.

Berlin, 11. Febr. Die Staatsanwaltschaft hat durch Vermittlung des Auswärtigen Amtes bei der französischen Regierung den Antrag auf Verhaftung und Auslieferung des Generaldirektors Wolpe gestellt, der mit 5 Millionen Goldmark Postgeld des Ministers Höfle am 16. Februar 1924 aus Berlin verschwunden ist. Wolpe befindet sich nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei in Paris und nicht, wie irrtümlich gemeldet wurde, in St. Moritz. Sein Aufenthalt wurde durch Briefe an einen Freund des Postministers ermittelt.

Drei Staatsanwälte nach Amsterdam.

Zur Ermittlung der Adressaten der Liebesgabenpakete. Berlin, 11. Februar. Der Barmatandal hat heute zur Ermittlung von drei staatsanwaltlichen Vertretern nach Amsterdam geführt. Dort sollen im Einverständnis mit den holländischen Behörden nicht nur die früheren Straftaten der Barmat nachgeprüft werden, sondern es soll auch den Liebesgabenpaketen der Barmat an deutsche Minister und Politiker, deren Versender in der Firma Schepmüller, Amsterdam, ermittelt ist, nachgegangen werden. Die Berliner Staatsanwaltschaft erblickt in dieser Liebesgabenverfälschung, soweit sie an amtliche Personen ergangen sind, die mit Barmats Anträgen zu tun hatten, den Versuch der Amtsbestechung.

Höfle will für Aufhebung der Haft eine Kaution stellen.

Berlin, 11. Februar. Der verhaftete Postminister a. D. Höfle hat um die Aufhebung des Haftbefehls erlucht und eine Kaution in bedeutender Höhe ange-

boten. Da Höfle wegen der Höhe der zu erwartenden Strafe in Haft genommen ist, und ferner Verbundungsgefahr besteht, so ist an ein Stattgeben nicht zu denken. Schwere wiegt die Tatsache, daß Höfle vor Eintritt des Ministerpostens nahezu mittellos war und noch Schulden hatte, während er heute bedeutendes Bankguthaben, die bis zu 400 000 Mark gehen, besitzt. In den letzten Tagen hat Höfle Vorbereitungen getroffen, die mit der Abhebung seiner Bankguthaben ihren Abschluß fanden, von denen die Staatsanwaltschaft annimmt, daß sie der Flucht des schwerbelasteten und mit Zuchthaus bedrohten Exministers gegolten haben.

Verdächtige Akten aus Höfles Wohnung fortgeschleppt.

Berlin, 11. Februar. Ueber Höfles Verhaftung wird noch berichtet: Nach seiner Vernehmung traten unter dem Vorsitz des Oberstaatsanwalts Vinde die übrigen an der Aufklärung beschäftigten Staatsanwälte und Untersuchungsrichter zu einer Beratung zusammen, deren Ergebnis war, daß ein Haftbefehl gegen Dr. Höfle erlassen und er in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert wurde.

Es hatte sich herausgestellt, daß noch in den letzten Tagen und zwar in den späten Abendstunden verdächtige Akten aus der Villa Dr. Höfles fortgeschleppt worden waren.

Massenvernehmungen von Parlamentariern zu erwarten.

Berlin, 11. Febr. Im Verfolg der schwerwiegenden Zuständnisse Barmats und Autiskers findet seit heute früh eine Konferenz der zuständigen Behörden beim Oberstaatsanwalt statt. Bei Abgang dieses Berichtes waren die Besprechungen noch nicht im Gange. Es verlautet, daß auf Grund der Auslagen Massenvernehmungen von Parlamentariern und Regierungsbeamten erforderlich werden, die durch die Geständnisse schwer belastet sind. Im Untersuchungsausschuß herrscht heute früh eine gedrückte Stimmung. Das Schicksal Höfles scheint auch noch anderen Parlamentariern zu drohen.

Speit-Webers „Tätigkeit“ in Baden.

Das Hauptorgan des badischen Zentrums, der „Badische Beobachter“, macht über die Affäre des Spritschleppers Weber Mitteilungen aus zuverlässiger Quelle: Weber habe auch in Baden Schlebereien betrieben. Seit einiger Zeit sei eine große Anzahl von außerbadischen Kriminal- und Zollbeamten in Mittelhessen zur Aufklärung umfangreicher Branntweinsteuerhinterziehungen tätig, die mit Speit-Weber in Verbindung stehen. Mehrere Verhaftungen seien bereits erfolgt, weitere seien zu erwarten. Im Landesfinanzamt sei ein besonderer Untersuchungsbeamter bestellt worden, der die Befolgung der Angelegenheit betzeibe.

Ein Ausschlußantrag gegen Bauer.

Der Bezirksvorstand Berlin der Sozialdemokratischen Partei hat, wie der „Vorwärts“ berichtet, zum Fall Bauer folgenden Beschluß gefaßt, den er dem erweiterten Vorstand zur Annahme empfiehlt: „Der engere Bezirksvorstand ist der Überzeugung, daß das Verhalten des Genossen Bauer gegenüber der Partei einen so schweren Vertrauensbruch darstellt, daß die Voraussetzungen des § 28 des Organisationsstatuts gegeben sind. Er hält deshalb die weitere Zugehörigkeit des Genossen Bauer zur Partei für unmöglich.“